

MARKTBERICHT
09.2017





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Geldpolitik in den USA vor einer Wende

Der amerikanische Präsident Trump bezeichnet sich selbst als „low interest rate person“, also als Freund niedriger Zinsen, der an einer restriktiven Geldpolitik kein Interesse hat.

Neben steigenden Zinsen ist in der US-Regierung die Befürchtung eines Dollar Comebacks stark. Der aktuell hohe Kurs des Euro zur US-Währung spielt der amerikanischen Regierung wirtschaftspolitisch in die Hände, um die milliarden schweren Konjunkturprogramme zu finanzieren. Ein starker US-Dollar würde Importe verbilligen und den Inflationsdruck mindern.

Im Juni und Juli 2017 lag die Inflationsrate in den USA bei 1,6 bzw. 1,7 Prozent, so niedrig wie zuletzt im Oktober 2016. Von daher erwarten Geldmarktexperten vor Dezember 2017 keine weitere Leitzinserhöhung und sehen sogar die Möglichkeit, dass die Zinswende im Frühjahr 2018 komplett revidiert werden könnte. Nach der Fed-Entscheidung hat sich der Dollar wieder leicht nach oben gearbeitet und die Aufwärtsbewegung setzte den Goldpreis unter Druck, aber auch die Industriemetalle können sich dem Druck kaum entziehen.

Die amerikanische Notenbank Fed startet im Oktober mit dem Abbau ihrer Wertpapierbestände. So sollen die Anleihenbestände um monatlich 10 Milliarden US-Dollar und später um max. 50 Milliarden US-Dollar pro Quartal reduziert werden. Aufgeschreckt sind die Geldmarktexperten insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden und weiter expandierenden Verschuldung der USA, denn wenn die Fed als Anleihenkäuferin ausfällt, muss jemand anders an den Finanzmärkten einspringen.

Die US-Schulden werden weiter steigen. Dafür stehen die Versprechen von Trump, der Steuern senken will, in Rüstung investieren und die marode Infrastruktur modernisieren möchte. Sollte der Kongress den Plänen zustimmen, wird dies nicht ohne neue Schulden gehen, was zu einem steigenden US-Haushaltsdefizit führen wird.

Ende Januar des kommenden Jahres läuft die Amtszeit der Fed-Notenbankchefin Janet Yellen aus und die anstehende Personalie ist offen. Dass Donald Trump die nächste Amtsperiode mit Yellen weiterführen wird, gilt als unwahrscheinlich.



Die Performance der US-Wirtschaft steht dementsprechend wieder im Fokus, nachdem der US-Dollar zuletzt aufwertete. Das Verbrauchervertrauen ist im September zurückgegangen, darüber hinaus sanken die Hausverkäufe im August auf ein Acht-Monatsstief. Es muss in diesem Zusammenhang auch auf die Auswirkungen der beiden Hurrikane Harvey und Irma verwiesen werden, die das Wirtschaftswachstum in den USA beeinträchtigt haben dürften.

EUROPA

■ Europa nach der Deutschland-Wahl

Das Ergebnis nach der Wahl in Deutschland wird auch Einfluss auf die Zukunft der Europäischen Union haben. Eine Frage, die sich die europäischen Regierungschefs stellen, ist, wie sich Deutschland mit einer Jamaika-Koalition in Europa positionieren wird. Erst Kommissionschef Juncker, dann Frankreichs Staatspräsident Macron: Zwei Spitzenpolitiker fordern eine Modernisierung der EU. Die FDP steht für ein Europa mit einer finanzpolitischen Eigenverantwortung - also konträr zum Vorstoß des französischen Präsidenten Macron, der u. a. einen gemeinsamen Finanzminister und ein gemeinsames Budget für die Euro-Zone, finanziert durch eine gemeinsame Unternehmenssteuer, fordert. Der EU-Kommissionspräsident Juncker hatte zuletzt vorgeschlagen, den Euro-Raum zu einer Art Bundesstaat mit einem gemeinsamen Budget umzuwandeln. Und das mit einem deutschen Finanzminister, der vielleicht Christian Lindner heißt?

Für viele in der EU dämpft die Wahl in Deutschland die Europa-Euphorie, die nach dem Wahlerfolg von Emmanuel Macrons herrschte. Die Kanzlerin wird als geschwächt gesehen und EU-Reformpläne sind bedroht.

Reformen sind in Europa notwendig und diese erfordern, dass die deutsche Bundesregierung zumindest zum Teil von ihren traditionellen Positionen abweicht und sich kompromissfähig zeigt. Ob dies ein solidarisches Europa sein wird, wie es Macron und Juncker träumen, wird sich zeigen.



■ Brexit Verhandlungen stecken fest

Im kommenden Monat steht eine entscheidende Verhandlungsrunde in Brüssel zu den Brexit Verhandlungen an. Wenn die britische Seite dann keine Zusagen hinsichtlich der Brexit-Rechnung macht, droht der gesamte, ohnehin fast unmögliche Zeitplan völlig aus den Fugen zu geraten.

Nach eigenen Berechnungen kommt die EU-Kommission auf Forderungen gegenüber Großbritannien von bis zu 100 Milliarden Euro als Anteil für Verpflichtungen, die die EU während der britischen Mitgliedschaft gemeinsam eingegangen ist. Großbritannien spricht derweil von 40 Milliarden Euro. Dies ist nur ein Punkt, in dem keine Einigkeit über eine mögliche Vereinbarung herrscht. Großbritannien will vor allem über ein Freihandelsabkommen mit der EU sprechen, um Nachteile für die heimische Wirtschaft abzuwenden. Doch die EU-Kommission möchte erst Durchbrüche in anderen Politikfeldern erzielen, so z. B. bei den Fragen der finanziellen Verpflichtungen der Briten, den Rechten von EU-Bürgern in Großbritannien und der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und Nordirland, das zum Vereinigten Königreich gehört.

Die britische Premierministerin Theresa May steht in ihrer Partei unter Druck, hat aber Forderungen nach ihrem Rücktritt zurückgewiesen. Warum sich die parteiinternen Gegner in Deckung halten, ist schnell erklärt. Der Ausstieg Großbritanniens nach bald 45 Jahren EU-Mitgliedschaft ist politisch und wirtschaftlich ein Himmelfahrtskommando. Und May, so sieht es die Mehrheit an der Parteispitze der Tories, soll den Brexit-Karren aus dem Dreck ziehen. Ebenso würde ein Personalwechsel an der Spitze wahrscheinlich in die nächste Neuwahl führen, die die Partei vermeiden möchte.

Geplanter Tag des EU-Ausstiegs ist der 29. März 2019. Eine Verlängerung der Verhandlungsperiode ist ebenso möglich, wie ein Übergangsabkommen, das immer wahrscheinlicher wird.

Die EU-Regierungen kritisieren die schleppenden Fortschritte bei den Verhandlungen, betonen aber auch „Pacta sunt servanda“: Verträge sind einzuhalten.



DEUTSCHLAND

■ Kann Deutschland auch „Jamaika“?

Die CDU/CSU ist nach den massiven Stimmenverlusten geschwächt aus der Bundestagswahl hervorgegangen. Nach der Festlegung der SPD, in die Opposition zu gehen, bleibt rechnerisch nur eine Koalition mit der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen. Aber kann eine Jamaika-Koalition in Deutschland auf Bundesebene auch funktionieren? Nach neuesten Umfragen finden die deutschen Bürger plötzlich großen Gefallen an einer Jamaika-Koalition.

Rund 60 Prozent der Befragten äußerten sich laut ARD-DeutschlandTrend für eine solche Regierung positiv. Deutlich geringer ist die Zustimmung zu einer Fortsetzung der Koalition aus Union und SPD. Nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des „*stern*“ präferieren bei den Befragten ein Jamaika-Bündnis vor allem die Wähler der Grünen (84 Prozent) und der FDP (81 Prozent), aber auch von 58 Prozent der Unionsanhänger.

Ob es zu Schwarz-Gelb-Grün kommt, werden die anstehenden Verhandlungen zeigen. Schon vor den Koalitionsverhandlungen beschäftigen sich aktuell die Parteien mit der realen Perspektive, positionieren sich und verständigen sich auch ohne offizielle Gespräche wohl ebenfalls um die Aufteilung der bedeutenden Ministerien unter den vier Koalitionsparteien. Der Auftrag für die Parteien ist klar: Eine stabile Regierung für Deutschland zu bilden.

■ Widersprüchliche Konjunkturdaten

Der Ifo-Geschäftsklima Index für die deutsche Wirtschaft, erhoben unter 7.000 Unternehmenskern, ist im September um 0,7 auf 115,2 Punkte zurückgegangen. Dieser zweite Rückgang in Folge ist ein Dämpfer für die deutsche Industrie. Neben der aktuellen Lage ist auch die Bewertung der Perspektiven für die nächsten sechs Monate pessimistisch.

Der Einkaufsmanager-Index für das verarbeitende Gewerbe, ein anderer vielbeachteter Frühindikator, hat seinen Höhenflug dagegen fortgesetzt und kletterte im September auf den höchsten Stand seit sechs Jahren. Insbesondere das Exportgeschäft läuft besonders gut und das Ergebnis zeigt eine andere Einschätzung als der Ifo-Index.



Eindeutig sind hingegen die Daten des Bundeswirtschaftsministeriums, das für August einen Anstieg um 3,6 Prozent der Auftragseingänge bekanntgab. Das bedeutet den stärksten Anstieg seit Dezember 2016 und ist auf die gute Auslandsnachfrage zurückzuführen. Die Nachfrage aus dem Inland zog um 2,7 Prozent an, die aus dem Ausland um 4,3 Prozent.

Zwischen April und Juni 2017 war die deutsche Wirtschaft um 0,6 Prozent gewachsen und dürfte sich Ökonomen zufolge auch im abgelaufenen dritten Quartal ähnlich entwickelt haben.

NE-METALLE

ALUMINIUM

■ LME-Bestände und Produktionsdaten rückläufig

In unserer Berichtszeit sind die Preise der Industriemetalle gestiegen und Börsianer sprechen mittlerweile von einer Blase, die bald platzen könnte. Vor allem Aluminium zieht an, gestützt von den Produktionskürzungen in China.

Der Aluminiumpreis konnte am 2.09.17 auf ein Fünfjahreshoch bei 2.191 USD steigen, unterstützt von der im August überraschend gesunkenen globalen Produktion des Leichtmetalls.

Aber Industriemetalle haben für die Börsianer augenscheinlich ein Niveau erreicht, welches diese wieder für attraktiv halten. Entsprechend kam es zu einer Liquidation umfangreicher Long-Positionen, was die Preise unter Druck brachte. Am 06.09.17 zeigte sich diese Entwicklung an der LME mit einer Notierung von 2.092 USD. Das schwächere Preisniveau bietet für andere Analysten aber auch ein attraktives Einstiegsniveau. Der Berichtsmonat endete am 29.09.17 mit 2.133 USD.

Nach einer Korrektur der Preise ergab sich eine Gegenbewegung, welche das Leichtmetall wieder in höhere Preisregionen trieb (11.09.17: 2.129 USD) Es gibt durchaus eine fundamentale Unterstützung für Aluminium, nachdem viele chinesische Produzenten ihre Produktionskapazitäten reduzieren mussten, um die Umweltauflagen der Regierung zu erfüllen.



Im vergangenen Jahr hatte China bereits in den Wintermonaten Maßnahmen zur Reduktion der Luftverschmutzung erlassen, die die Produktion von Stahl und Industriemetallen betroffen haben. Die Aluminium Corp of China hat nun angekündigt, Produktionskürzungen zwei Monate früher als gesetzlich gefordert durchzuführen. Die Bestände des verfügbaren Aluminiums werden damit ebenfalls reduziert und den Trend der rückläufigen Aluminiumproduktion in China noch verstärken.

Begleitet wird der Preisanstieg bei Aluminium von einem kontinuierlichen Rückgang der Aluminiumbestände an der London Metal Exchange (LME). Die Bestände reduzierten sich im Berichtsmonat von 1.324.625 t am 04.09.17 bis auf 1.268.700 t zum Monatsende.

Das International Aluminium Institute (IAI) gab in seinem jüngsten Bericht bekannt, dass die globale Aluminiumproduktion im August um 1,3 Prozent im Jahresvergleich auf 4,95 Mio. Tonnen gesunken ist. Somit liegt die weltweite Produktion erstmals seit 6 Monaten wieder unter der Marke von fünf Mio. Tonnen. Zurückzuführen sei dies auf die Entwicklung in China, so das Institut, denn aufgrund der Kapazitätsbegrenzungen sei die Produktion auf ein Sechsmonatstief zurückgegangen. Außerhalb Chinas konnte die Aluminiumproduktion dagegen um 0,4 Prozent erhöht werden.

Nach dem offiziellen Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe in China ist auch der ISM-Index in den USA im September entgegen den Erwartungen gestiegen. Die bestehenden Zweifel an der chinesischen Konjunktur dürften entkräftet sein, die Daten geben nicht nur Aluminium, sondern auch den meisten anderen Metallpreisen Unterstützung.

KUPFER

■ Globaler Markt zeigt Angebotsüberschuss

Die Kupfernotierungen konnten im Oktober 2017 das erreichte Niveau von Anfang September, als die LME Notierung am 05.09.17 bei 6.937 USD lag, nicht mehr halten und der Kurs liegt aktuell mit 6.531 USD deutlich unter dem erreichten Jahreshoch von mehr als 6.900 USD. Nach den Verlusten im Monatsverlauf, der niedrigste Wert wurde am 14.09.17 mit 6.459 USD erreicht, korrigierten und stabilisierten sich die Notierungen zum Monatsende wieder leicht.



Für das Industriemetall gab es Unterstützung durch die Anzeichen einer global anziehenden Konjunktur, wobei allerdings zuletzt aus China gemischte Signale kamen, was eben zu Gewinnmitnahmen führte.

Dort mehren sich die Anzeichen einer langsamen Abkühlung des Wirtschaftswachstums und bereits im dritten Quartal ging die Dynamik zurück.

Die Bergbaubranche hat in den vergangenen Jahren wenig in neue Kapazitäten und in die Exploration neuer Vorkommen investiert, was zu strukturellen Angebotsdefiziten und somit zu einer Angebotsverknappung führen könnte. Insbesondere neue Kupferminen sind rar und die Minenbetreiber verfehlen ihre Produktionsziele; das Gestein enthält aufgrund der hohen Ausbeutung immer weniger Kupferanteil. Vor dem Hintergrund der neuen Anwendungsgebiete, wie Elektroautos, Windturbinen und Solaranlagen droht Kupfer mittelfristig ein Angebotsdefizit. Der wachsende Markt für Elektroautomobile wird zukünftig einen großen Einfluss auf das Geschäft der Rohstoffkonzerne haben.

Die International Copper Study Group (ICSG) hat ihren jüngsten Marktbericht für die erste Jahreshälfte veröffentlicht. Der Expertengruppe nach sank die Minenproduktion von Kupfer in den ersten sechs Monaten des Jahres um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zurückzuführen ist dies auf einen Rückgang der Produktion um neun Prozent in Chile. In Kanada und der Mongolei ist der Ausstoß sogar um jeweils mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Weiter wird berichtet, dass die Kupfernachfrage um zwei Prozent zurückgegangen sein soll. Hier ist vor allem China mit einem geringeren Bedarf zu nennen. Dagegen haben Indien, Japan und die USA mehr Kupfer nachgefragt. Insgesamt soll der Markt in der ersten Jahreshälfte ein Defizit von 75.000 Tonnen aufgewiesen haben, was die ICSG auf die stagnierende Minenproduktion zurückführt.

Die Entwicklung der LME-Lagerhausbestände hat den Markt und die Preisentwicklung negativ beeinflusst. Die Range lag zwischen 208.425 t und 313.850 t. Zum einen beschäftigt die Marktteilnehmer der doch rasch vollzogene Anstieg der Bestände innerhalb weniger Tage, des Weiteren dann der physische Abfluss, der nicht eindeutig mit einer steigenden Nachfrage begründet werden kann.

Sollte China, der größte Kupferkonsument, tatsächlich von Ende 2018 an die Einfuhr von Altkupfer verbieten, weil der Recyclingprozess die Luft zu stark belastet, könnte der Kupferpreis nach oben ausbrechen.



Für das Industriemetall wird es zu einer Herausforderung die erwartete Nachfrage zu bedienen, da die Versorgung des Weltmarktes mit Kupfer hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es gibt Indikatoren für ein Erstarren der weltweiten Konjunktur und nach Jahren der Stagnation vermehren sich nun die Anzeichen für eine stärkere Beschleunigung der Wirtschaft.

Bei Kupfer gibt es gegenwärtig wenig Kurspotential in beide Richtungen, auch da die Produktion des roten Metalls sich zuletzt stabilisiert hatte. Die globale Kupfernachfrage ist im ersten Halbjahr um zwei Prozent im Jahresvergleich gefallen, zurückzuführen eben auf China. Somit wird man die Entwicklung im Reich der Mitte genau im Blick haben müssen, um nicht später mit Verlusten dazustehen.

NICKEL

■ Dem Nickelpreise droht der Absturz

Nach einem turbulenten August, in dem die Preise für Nichteisen-Metalle deutlich anstiegen, hat sich die Lage im Laufe des Septembers wieder merklich beruhigt.

Nachdem der Preis für Nickel zwischen Juli und September um rund 40 Prozent gestiegen war und in der Spitze ein Niveau von rund 12.120 USD (07.09.17) erreicht werden konnte, setzten Gewinnmitnahmen vor allem von spekulativen Investoren ein. Der Nickelpreis steht deutlich unter Druck und war im September der Verlierer auf der NE-Metallseite. Sollten sich die spekulativen Finanzanleger zurückziehen, entsteht ein weiteres Preisrisiko für Nickel, denn nach der LME-Statistik haben diese bis Ende des Monats noch sehr hohe Netto-Long-Positionen gehalten.

Da die Produktionskosten bei 10.400 bis 10.500 USD je Tonne liegen, sollte das zuletzt erreichte Niveau von 10.675 USD eine gewisse Unterstützung bieten. Die Nachfrage aus der Stahlbranche wird als stark angesehen, was dem Markt zusätzlich Stabilität geben dürfte.

Das Metall konnte unter anderem von der Nachricht profitieren, dass der philippinische Umwelt- und Bergbauminister an dem Verbot des Tagebaus im Land wegen der damit verbundenen Umweltschäden festhält. Den Minenunternehmen wird aber Zeit eingeräumt, andere Wege zum Abbau zu finden.



Der Markt hat diese Entwicklung bereits im Preis kompensiert, so dass keine Knappheitsorgen ausgelöst werden sollten. Zudem hat u.a. Indonesien zuletzt wieder deutlich mehr Nickelerz exportiert. Außerdem sind die Nickelvorräte in den LME-Lägern in den letzten Wochen merklich angestiegen lagen mit 385.158 t am 27.09.17 auf einem Monatshoch im September.

Unterstützt werden die Nickelpreise von dem in China veröffentlichten offiziellen Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe (PMI), der im September entgegen den Erwartungen deutlich gestiegen ist. Die Industrie in China profitiert weiterhin von einer robusten Inlandsnachfrage. Nickel-spezifische Meldungen können die zukünftige Entwicklung des Marktes nur zum Teil erklären.

ZINK

■ Notierung steigt auf 10-Jahres-Hoch

Die Aussicht auf eine weiterhin hohe Nachfrage, kombiniert mit Engagements spekulativer Finanzinvestoren, sind verantwortlich für den starken Preisanstieg bei Zink und das Metall erreichte mit 3.195,50 USD das Niveau vom Juli 2007 und somit ein 10-Jahres-Hoch.

Der Zinkpreis verteuerte sich bereits zum Monatsstart auf 3.152,50 USD und Treiber für diese Entwicklung sind Sorgen über eine Knappheit am Markt, was sich auch in der stärksten Backwardation der Terminkurve seit über zehn Jahren widerspiegelt.

Die gegenwärtige Entwicklung der Verengung des Marktes hat sich bereits länger schon abgezeichnet. In der Phase geringerer Preise haben die Produzenten Minen geschlossen oder nicht in die Verlängerung der Laufzeiten investiert. Dies spiegelt sich nun in einer veränderten Angebotslage wieder.

Im Monatsverlauf haben Gewinnmitnahmen die Notierungen zwar bis auf 3.039 USD am 15.09.17 gedrückt, doch der Trend mit den eindeutigen fundamentalen Faktoren setzte sich durch. Der Zinkmarkt reagierte mit erneuten Preissprüngen bis auf 3.157 USD bzw. mit 3.165 USD zum Ende der Berichtsperiode.

Die Zeichen auf der Nachfrageseite könnten sich drehen und bereits im nächsten Jahr dürfte die Knappheit nachlassen.



Aus Umweltschutzgründen könnte die Volksrepublik China die Stahlproduktion im Winter zurückfahren. Von den Maßnahmen sind dann auch die Stahlproduzenten betroffen, die die Produktion reduzieren müssen. Dies wiederum könnte zu einem Rückgang der Zinknachfrage führen.

Die Marktteilnehmer schauen dabei vor allem auf zwei Faktoren: Die Lage in China, wo bis zuletzt eine hohe Nachfrage verzeichnet wurde und die Entwicklung des Angebots. Beides wird für die zukünftige Marktentwicklung bei Zink bestimmend sein.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Web www.AluminiumOnline.de

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Amtsgericht Essen, HRA 8543

Steuernummer: 323/5819/0278

USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164

